

# Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 M., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgeplante Feitsseite oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 158.

Montag, den 9. Juli 1917.

24. Jahrg.

## Deutschland vor einer innerpolitischen Krise.

An der Schwelle des vierten Kriegsjahres hat sich aller Völker einer aufs höchste gesteigerte Nervosität bemächtigt. Ueberall des fürchtbaren Nordens, das keine Entschcheidung brachte, zermürbt durch Ueberarbeit und Entbehrungen sehnen sie leidenschaftlich den Frieden herbei, suchen sie verzweifelt den Weg ins Freie und taumeln, unfähig, ihn zu finden, von Krise zu Krise.

Die Kriegswirkungen sind in allen Ländern gleich. In allen Ländern trägt fast jedes Haus Trauer um einen teuren Toten. In allen Ländern wird gedurzt, gehungert. In allen Ländern möchte man endlich wissen, wann und wie die Regierungen den erstrebten und verheißenen Frieden erreichen können. In Italien hat man eben zehn Geheimnisse abgehört und sieht nach kurzer öffentlicher Debatte über die Kriegspolitik an der Schwelle neuer Geheimnisse. In Frankreich hat man wochenlang Geheimnisse hinter sich und will gerade die öffentliche Erörterung der französischen Kriegspolitik beginnen. Kein Ministerium steht fest; auch gegen Lloyd George mehren sich die kritischen Stimmen.

Was geht nun in Berlin vor? Die Sitzungen des Hauptauschusses sind so streng vertraulich, daß man aus dem „Berliner Tageblatt“ und einigen anderen nicht minder indisziplinierten Berliner Blättern die Verhandlungen ungefähr so genau verfolgen kann, als ob man dabei gewesen wäre. Am Freitag hat der Zentrumsabgeordnete Mathias Erzberger eine kräftige Rede frei nach Scheidemannschem Konzept gehalten. Er hat auf die Ernährungs- und Rohstoffschwierigkeiten in Deutschland hingewiesen, hat unter Anerkennung der Wirksamkeit des U-Boot-Krieges doch stark bezweifelt, daß dieser in ein paar Monaten England auf die Knie zwingen werde — auch England werde sich schon Entbehrungen auferlegen wie Deutschland — und hat unter Hinweis auf die Stimmung des Volkes gefordert, daß ein erneutes ganz klares Friedensangebot unter Verzicht auf alle Eroberungen und Entschädigungen, auf jeden Wirtschaftskrieg nach dem Kriege und jede wirtschaftliche Vorherrschaft, unter Anerkennung des Grundsatzes der überstaatlichen Organisation der Welt und der Zwangsjurisdiktion der Welt eine sofortige gründliche Demokratisierung des Reiches das Mißtrauen der Welt gegen uns zerstreuen. Parlamentarische Regierungsweise und gleiches Wahlrecht in allen Bundesstaaten würden zugleich die Widerstandskraft des deutschen Volkes gegen alle Eroberungs- und Zerschmetterungsgelüste der Feinde ins Unbesiegbare und Unzweifelhafteste steigern.

Diese Rede enthielt ganz gewiß keinen neuen Gedanken — die Sozialdemokratie hat unaufhörlich dasselbe seit August 1914 gesagt; oder mindestens seit die Hoffnung auf einen ganz kurzen Krieg und ganz nahen Frieden schwand. Aber, daß so ein Zentrumsführer sich jetzt mit aller Schärfe zu diesen Gedanken bekennt, während bisher doch das Zentrum auf dem Boden der Spahn'schen Erklärungen stand, daß wir beim Friedensschluß „Belgien“ politisch, wirtschaftlich und militärisch in der Hand behalten“ müßten, das war allerdings eine Sensation. In großer Bewegung wurde die Ausschuss-Sitzung aufgehoben und am Sonnabend in Gegenwart des Kanzlers fortgesetzt.

Die Rede des Reichskanzlers entsprach dem, was er bisher schon früher öffentlich gesagt hat. Das neue Friedensangebot lehnt er ab; er ist überzeugt, daß es gegenwärtig gänzlich aussichtslos ist. Seine Stellung zum Frieden selbst bleibt dabei offen; er sagt durchaus nicht, daß er den reinen Vergleichsfrieden ablehnen würde, wenn er ihn bekommen könnte. Er erhebt keinen Widerspruch dagegen, daß der Reichstag einen Beschlusantrag annimmt, der ungefähr der Resolution des sozialdemokratischen Parteiaususses vom März ds. Js. entspricht. Er macht dem Reichstag überhaupt keine Vorschriften, nur die Aufgabe der Regierung hält er durch das deutsche Friedensangebot vom Dezember 1916 einstweilen erfüllt. Ueber die innerdeutschen Verfassungsfragen scheint der Kanzler im Ausschuss nicht gesprochen zu haben; diese wurden wohl mehr bei den Verhandlungen erörtert, welche im Reichskanzlerhaus selbst Herr v. Payer, Führer der Nationalliberalen und Vertreter der Sozialdemokratischen Fraktion geführt haben. Hat auch hier der Kanzler an seinem früheren Standpunkt festgehalten, so sträubt er sich im allgemeinen gegen sofortige Reformen im Reich und in Preußen nicht, wenn eine Mehrheit dafür zu haben ist; einer Parlamentarisierung der Regierung scheint er ablehnend gegenüber zu stehen. Der Vizekanzler Dr. Helfferich, Kriegsminister v. Stein und Marinestaatssekretär v. Capelle trafen neben Bethmann Herrn Erzberger entgegen und suchten die Sicherheit des deutschen Sieges zu beweisen.

Wie steht nun die Lage im gegenwärtigen Augenblick? Das große Fragezeichen ist nicht sowohl die Haltung der Zentrums- und der Nationalliberalen. Wollen sie ernsthaft die parlamentarische Regierungsweise, die sie noch jüngst weit von sich gewiesen haben? Wollen sie die Stimme für den Verständigungsfrieden erheben, nachdem sie bis vor ganz wenigen Tagen teilweise geradezu alldeutsch aufgetrumpft haben? In beiden Parteien wird darum noch ge-

rungen. Das Zentrum hat sich bereits entschieden; in einer am Sonnabend abgehaltenen Fraktionsitzung stellte es sich rückhaltlos hinter ihren Führer. Bei denen um Jung, Stresemann und Schönaich-Carolath ist das aber wie gesagt noch zweifelhaft.

Der Reichstag kann natürlich, was er ernsthaft will. Besteht er darauf, dann muß die ganze gegenwärtige preussische Regierung abtreten und den Platz frei machen für ein parlamentarisches Kabinett mit oder ohne Bethmann an der Spitze. Auch im Reich müßten dann sofort mindestens die Männer aus der Regierung ausscheiden, die sich am wenigsten in die Notwendigkeiten der gegenwärtigen Zeit hineingefunden haben, deren Amtsführung am wenigsten glücklich gewesen ist, der Berweser des Inneren, Helfferich, und der des Aeußeren, Zimmermann. Noch morgen müßte die Regierung, wenn die Reichstagsmehrheit entschlossen ist, die sofortige Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, d. h. eine entsprechende Vorlage an den Landtag und im Falle seines Versagens an den Reichstag ankündigen.

Aber ist das Parlament entschlossen? Darüber läßt sich heute noch nichts Bestimmtes behaupten. Es spricht deshalb eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür, daß einstweilen nur die rückfälligen Minister in Preußen abgeholt werden, daß etwa an Stelle des Kultusministers Trost zu Solz der liberale Theologe Harnack und an Stelle des Handelsministers Sadow Dr. Stresemann tritt. Das wäre ein bescheidener Anfang der Klärung, die im Herbst unweigerlich kommen muß. Die Liberalen legen naturgemäß das Hauptgewicht auf die parlamentarische Regierungsweise, sie wollen die Staatsverwaltung endlich selbst in die Hand nehmen. Das überwiegende Interesse der Sozialdemokratie als der politischen Vertretung der breiten Massen ist neben der in erster Linie stehenden schleunigen Herbeiführung des Friedens auf das gleiche Wahlrecht in Preußen und auf die dringenden Sozialreformen, Aufhebung des § 153, Arbeitskammern usw. gerichtet. Die Fraktion wird darüber zu machen haben, daß es in Deutschland vorwärts geht, daß aber zugleich im Rahmen der freiheitlichen Entwicklung auch die besonderen Arbeiterinteressen nicht zu kurz kommen.

Wir lassen nun zunächst den uns zugegangenen Bericht der Verhandlungen des Hauptauschusses folgen:

Am Sonnabend hatte sich eine große Zahl von Abgeordneten im Sitzungssaal des Hauptauschusses eingefunden, da erwartet wurde, daß es zu einer bedeutungsvollen politischen Aussprache kommen werde. Zunächst sprachen der Kriegsminister und der Staatssekretär des Reichsmarineamts. Letzterer um auf die Ausführungen des Abg. Erzberger in voriger Sitzung zu antworten. Hierauf schlug der Vorsitzende, Abg. Spahn vor, die politische Aussprache von jetzt ab auf den entscheidenden Punkt zu beschränken: welche Schlussfolgerungen aus der gegenwärtigen politischen Lage zu ziehen seien. Aus diesem Grunde regte er an, eine neue Rednerliste zu führen. — Abg. Dittmann (U. S.) erhob dagegen Einspruch; er sei der nächste Redner und es liege kein Anlaß vor, die Rednerliste zu ändern, auch wenn man jetzt die Aussprache auf einen Punkt beschränke. Er müsse daher annehmen, daß nur deshalb die Rednerliste geändert werden soll, damit er nicht als erster zum Wort kommen könne. — Der Ausschuss beschloß aber, nach dem Vorschlag des Vorsitzenden zu verfahren. Hierauf erwiderte zunächst Abg. Erzberger auf die Ausführungen des Staatssekretärs des Reichsmarineamts. Dann nahmen die einzelnen Parteien Stellung zu der gegenwärtigen Lage und zwar Abg. Scheidemann für die Sozialdemokraten, Graf Westarp für die Konservativen, Göttheim für die freisinnige Volkspartei, Prinz Schönaich-Carolath für die Nationalliberalen. — Der Reichskanzler antwortete dann in eingehender Weise. Darauf folgten die Abg. Warmuth (Deutsche Part.) und Dittmann (U. S.). Gegen 2 Uhr wurde die Sitzung auf Montag vertagt. Die Verhandlungen waren vertraulich.

Im Anschluß hieran seien noch einige Pressemeldungen wiedergegeben. Der heutige „Hamb. Corresp.“ läßt sich aus Berlin berichten: „Die Formel, mit der der Reichstag nach dem Verlangen der Linken seinen Willen zum Frieden der Reichsleitung gegenüber bekunden soll, bildete auch während des heutigen Sonntags im Reichstagsgebäude den Gegenstand eifrigster Besprechungen. Zwar wurden sie nur im engsten Kreise gepflogen; aber es waren die berufenen Vertreter der gegenwärtigen Mehrheitsparteien, die sich des Ausbaues des Gedanken annahmen, den Abg. Erzberger in die Verhandlungen des Hauptauschusses hineingeworfen hatte. Schon nach Schluß dieser Verhandlungen waren die Parteiführer, mit Ausschluß der Rechten, und der ganz links stehenden Gruppen, zusammengetreten, um eine Form für jenen Gedanken zu suchen. Bei der Zusammenkunft am Sonnabend nachmittags jedoch fehlte es noch an festem Boden. Man wußte noch nicht, ob Abg. Erzberger auf eigene Faust oder im Einverständnis mit seiner Fraktion gehandelt hatte oder doch mindestens der späteren Billigung des Zentrums

gewiß war. Am Sonnabend nachmittag hätte man sich zunächst nur an die von Dr. Spahn dem Grafen Westarp gegebene Erklärung halten, daß das Zentrum zu den Verhandlungen Erzbergers noch keine Haltung genommen habe. Am Abend tagte dann die Fraktion des Zentrums und sie hat sich rückhaltlos hinter ihren Führer gestellt. Die Haltung der großen Gruppe der Sozialdemokratie unter Scheidemann war nicht zweifelhaft. So traten denn am Sonntag nachmittag die Führer des Zentrums, der Nationalliberalen, der fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie nochmals zusammen. Wie ihre Beratungen streng vertraulich waren, so wurde auch über das Ergebnis strengstes Stillschweigen bewahrt. Schwierigkeiten soll aber weniger die Fassung der Friedensformel als die Frage bereitet haben, in wie weit diese mit den Forderungen für einen freihheitlichen Ausbau des Reiches verquid werden sollen. Gewisse Strömungen hielten, wie bekannt, die Aufstellung dieser Forderungen für unlosbar mit der Friedensfrage verbunden. Eine endgültige Entscheidung ist erst für Montag nachmittags zu erwarten, weil dann den Parteien die heute gefaßten Beschlüsse zur eigenen Entscheidung unterbreitet werden. Wie wir hören, haben Zentrum und Sozialdemokratie ihren Vertretern für die heutige Verhandlung Vollmacht gegeben, jedoch es sich für diese beiden Parteien morgen fast nur noch um eine Berichterstattung über die heutige Tagung handelt. Die Freisinnigen, die heute vormittag eine Fraktionsitzung abhielten, und die Nationalliberalen hatten eine solche Vollmacht nicht erteilt.“

In welcher Richtung sich dieser gemeinsame Schritt der Fraktionen bewegen wird, zeigt außerdem nachstehende Drahtmeldung aus Stuttgart:

Der sozialistische Reichstagsabgeordnete Hildebrand erklärte in einer Versammlung, in der er über die Friedensausichten sprach, daß die Vorgänge im Hauptauschuss zum erstenmal eine Reichstagsmehrheit für die Auflassung des Krieges ergeben habe und daß diese Mehrheit jetzt die Regierung zu einer unzweideutigen Erklärung für den Verständigungsfrieden bringen wolle. Daß die Regierung sich dazu bereit finden werde, bezweifelte er nicht, und er wisse, warum er nicht zweifelt. Auf alle Fälle habe die sozialdemokratische Fraktion der Regierung keine Zweifel gelassen, daß von ihrer Entscheidung zu dieser Frage, wie zu der Frage der Neuorientierung der Stellungnahme der Fraktion in der Frage der Kreditbewilligung abhängig gemacht werden soll.

Die fortschrittliche Fraktion war, nach der „Voll. Ztg.“, Sonnabend bis in den späten Nachmittag versammelt, nachdem alle anderen Fraktionen schon am Sonnabend wenigstens grundsätzlich zu der dem Reichstage vorzuliegenden Entschließung Stellung genommen hatten, die im wesentlichen auf den Erzberger'schen Ausführungen in der Freitagssitzung des Haushaltsauschusses beruhen soll. Der Vortragslauf steht noch nicht fest. Wie verlautet hat die Reichstagsfraktion der fortschrittlichen Volkspartei gestern mit allen gegen eine Stimme beschlossen, der Erklärung zuzustimmen. Dagegen zögert ein großer Teil der Fraktion noch, sich an einer Aktion für den völligen Systemwechsel zu beteiligen.

Wie das „Berl. Tagebl.“ schreibt, erwartet man von verschiedenen Seiten den Rücktritt des Staatssekretärs im Reichsmarineamt, Capelle.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhang noch, daß dem Reichskanzler einen 1½stündigen Vortrag beim Kaiser hatte.

## Stockholm.

Stockholm, 7. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Außer Grimm, dem alle bekannten Zimmerwälder das Geleit zum Bahnhof gaben, reisten gleichzeitig die deutschen Delegierten Müller (Sozialdem. Partei) und Cohn (Unabhängiger) von hier ab.

Der russische Kriegsminister hat nach einer hier vorliegenden Meldung dem russischen A. u. S.-Rat mitgeteilt, Dittmann (Wien) dürfe nach Petersburg kommen.

## Die Kriegslage.

22. Großes Hauptquartier, 8. Juli. (Amtlich.)  
Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der Küste, im Obern- und Mittelschicht-Abchnitt sowie bei Dens und zwischen Somme und Dije wechselnd harter Feuerskampf.





Abänderungsanträge vorgezogen haben würden, die Bedenken gegen eine gesonderte Behandlung und Berücksichtigung der Aufhebung der Gruppenerteilung zurückgestellt werden. Dieses erschien um so unbedenklicher, als alle Kommissionsmitglieder überzeugt waren, daß in einer Zeit, in der die Feinde verachtet haben, auf die inneren Verhältnisse des Deutschen Reiches Einfluß zu gewinnen, in der Hoffnung, aus einer Uneinigkeit des deutschen Volkes Nutzen für den Ausgang des Krieges zu ziehen, Senat und Bürgerschaft gern die Gelegenheit ergreifen werden, durch möglichst einmütige Annahme eines auf dem Vertrauen in die Gesetzmäßigkeit der hamburgischen Bevölkerung aufgebauten Gesetzesentwurfes auch ihrerseits davon Zeugnis abzulegen, daß alle Verträge, die Einmütigkeit der Bevölkerung zu stören, diese nur um so fester zusammenschließen können. Eine Aufhebung der Gruppenerteilung läßt sich ohne weiteres auf dem Wege erreichen, daß alle auf die Gruppenerteilung bezüglichen Vorschriften des Gesetzes gestrichelt werden. Eine neue Fassung des ganzen Gesetzes bleibt zweckmäßig bis zur Erledigung der weitergegebenen Anregungen vorbehalten. — Mit der Beseitigung der Gruppenerteilung ist das gleiche Wahlrecht noch lange nicht herbeigeführt, sondern erst ein kleiner Schritt nach vorwärts gemacht worden.

**Reinhet. Blutiger Kampf mit Wilderern.** Im benachbarten Hohenhorn, stieß der Förster Juch in seinem Revier, das er des Abends noch einmal durchging, auf drei Wilderer, die sofort, als sie seiner ansichtig wurden, auf den Beamten schossen und ihn verwundeten. Die Wilderer entflohen. Ein Schüler, der den einen der Wilderer durch das Dorf verfolgte, erhielt ebenfalls einen Schuß, der ihn schwer verletzte. Dagegen die Wilderer entamen, dürften sie doch ermittelt werden, da auch zwei von ihnen durch Schüsse des Försters getroffen wurden.

**Saderleben.** Durch Blüschlag eingesperrt wurde das Gewebe des Böttchermeyers Jensen in Slaus. — In Knorburg brannte der Hof des Hofbesizers Christian Jensen bis auf den Grund nieder. Ein Teil des Viehbestandes fand den Tod in den Flammen.

**Schwerin.** Ein Parlamentsstich zu kaufen. In der „Deutschen Tageszeitung“ steht inseriert: „Seltener Gelegenheitskauf. Circa 4500 Morgen großes adeliges Rittergut in Meddenburg, Sitz und Stimme im Landtag, Bahnstation direkt am Gut, mit lauter, erfrischenden Weisen und Wäldern, ca. 1300 Morgen Waldbesitz, reichhaltiger Viehbestand, bedeutende, ganz besonders hohe Erträge abwerfende landwirtschaftliche Industrie am Gute. Dieses eine hohen Reingewinn abwerfende la Objekt soll für den Preis von 2200 000 Mark verkauft werden. Auskunftserteilung nur an Selbstkäufer, nicht an Vermittler. Sprech, Anders u. Co., Hamburg, Neuerwall 34.“ — In das nicht eine glänzende Gelegenheit, „Vollvertreter“ zu werden? Wer beim Kriegswunder einige Millionen verdient hat, ohne mit den Gerichten in allzu scharfe Berührung zu kommen, dessen Ehrgeiz kann hier durch einen fäulischen Landtagsstich befriedigt werden. Und die Mecklenburger lagen „Muh“ dazu!

**Hagenow.** Tödlicher Unglücksfall. Der Schrankenwärter Meier aus Patow bei Todzin war mit seiner Frau beim

Auslaufen von Neu beschäftigt. Beim Anziehen der Pferde fiel die Frau vom Wagen, ohne sich zu verletzen. Nach abermalmigem Bekleben des Wagens fiel sie nochmals herunter, brach sich das Genick und war auf der Stelle tot.

**Dobenburg.** Ziemlich stark gefroren hat es in den letzten Nächten der vorigen Woche in der Gegend von Brafe, Strüchhausen. Doch haben die Früchte unter den Nachtfrost nicht gelitten.

### Theater und Musik.

**Stadthallen-Theater.** „Die Puppe“, Operette in 3 Akten von Audran. Diese Operette gehört zu den besten ihrer Art. Ihre Musik ist im Sinne der heimischen Oper geschrieben, sie zeugt von Geschmack und Erfindungsgabe und bringt einen Strauß wirklich hübscher Melodien, an denen man in dieser Zeit der „Schlager“ keine besondere Freude haben wird. Auch die Handlung ist ganz unterhaltend; sie hält sich frei von den üblichen Operettenabernheiten und Sentimentalitäten und erinnert an die „Olympia“-Szene aus „Hoffmanns Erzählungen“, nur daß im Gegensatz zu dort Lancelot glaubt eine Puppe zu heiraten, während sich die Puppe als ein wirkliches Mädchen entpuppt. Eine recht gute Wiedergabe verhalf am Sonnabend „Der Puppe“ zu einem schönen und verdienten Erfolg. Hr. Bradski entzückte in der Titelrolle durch sympathische Stimmführung und geschmackvollen Gesang, sowie durch ihr lebenswürdiges Spiel, das natürliche Innere mit brillanten automatenhaften Bewegungen, je nach der Situation, zu verbinden wußte. Den schüchternen Lancelot gab Herr Kiehl frei von Uebertreibung in sehr wirkungsvoller Weise. Vom Komponisten reich bedacht ist der Vorsehler der Brüdergemeinde Maximus, den Herr Schumacher mit sonorem, wohllingendem Organ trefflich sang. Als Hilarius war Herr Schweisguth sehr belustigend. Zwei verliebte Liebespaare wurden von den Herren Pauly und Harold famos wiedergegeben. In kleineren Rollen boten die Damen Trebe, Erler und Hofer anerkanntenswerte Leistungen. Da auch die Chöre Freude an der Sache hatten, so kam eine tüchtige, von Herrn Schweisguth geleitet inszenierte und von Herrn Kapellmeister Moritz lebendig geleitete Vorstellung heraus, die harken Beifall fand. P. L.

Ferner wurden verjett die englischen Segler „Gauntlet“ und „Dizzie Allen“. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berlin, 9. Juli. Die Beratungen der Reichstagsfraktionen über die Einigungsformel dauerten, mit geringen Unterbrechungen, fast den ganzen Sonntag an. Während sonst im Reichstagsgebäude am Sonntag alles still und ruhig ist, herrschte gestern dort ein lebhaftes Kommen und Gehen. Während der Fraktionskonferenzen traten die Führer der Mehrheitsparteien zu einer Besprechung zusammen. Endgültige Beschlüsse sind gestern noch nicht gefaßt worden. Aber das erstreckt sich eigentlich nur noch auf die formale Seite der Frage. In Wirklichkeit ist man sich über eine gemeinsame Entscheidung, die sich sowohl auf die Kriegs- und die Friedensfrage, als auch auf die innerpolitische Neuordnung bezieht, einig. Die Dinge sind in dieser Hinsicht schon zu weit gediehen, als daß sie noch ernstlich gefährdet werden könnten. Die redaktionelle Festlegung der „Einigungsformel“ dürfte am heutigen Tage erfolgen und morgen von den Mehrheitsparteien im Plenum des Reichstages eingebracht werden. Ueberraschungen wird sie nach allem, was verläutet, in der Friedensfrage kaum mehr bringen. Es wird wohl nur gesagt werden, daß Deutschland lediglich einen Verteidigungskrieg führt. („Berl. Tageblatt“)

Berlin, 9. Juli. Der „Vorwärts“ berichtet: Die Presse ist voll von Vermutungen über den Stand und den vernünftigen Ausgang der gegenwärtigen Kriege. Von einer Seite wird behauptet, daß es dem Reichskanzler durch seinen Vortrag beim Kaiser gelungen sei, seine Stellung von neuem zu befestigen. Von anderer Seite werden schon die Namen seiner voranschreitenden Nachfolger kolportiert, wie Graf von Hertling, Fürst Bülow, Graf Noehren und andere.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gekennzeichneten Artikel: Paul Löwit, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co., Sämtlich in Lübeck.

**Gelesene Nummern des „Volksboten“**  
bitten wir nicht wegzuworfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.

## 26. Nachtrag

Zu der Bekanntmachung vom 20. November 1916, betr. die Abgabe und den Verkauf von Kartoffeln.

Der Ausschuss für Kriegshilfe bestimmt hierdurch:  
I.  
Soweit Kartoffeln bei den Kartoffelerzeugern oder Kartoffelhändlern vorhanden sind, können in der Woche vom 9. bis 15. Juli auf den Abschnitt 7 der allgemeinen Kartoffelkarte, Unterabschnitte 1 und 2 zusammen 2 1/2 Fund Kartoffeln und Unterabschnitte 3 und 4 zusammen 2 Fund Kartoffeln, insgesamt 4 1/2 Fund Kartoffeln bezogen werden. Im übrigen bezuzugnen die Unterabschnitte 1 bis 4 zur Entnahme eines halben und die Unterabschnitte 5 bis 10 zur Entnahme eines ganzen Fundes Brot.

II.  
Auf die Zusatzkartekarten, Abschnitt 7, werden für die Zeit vom 11. bis 15. Juli Kartoffeln nicht verteilt. Als Ersatz für diese Zeit wird auf die Unterabschnitte 1 bis 6 ein Fund Brot abgegeben.

III.  
Zwischenhandlungen werden auf Grund der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers über die Kartoffelverteilung vom 26. Juni u. a. mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500. — M. bestraft. Neben der Strafe können die Verurteilten, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Lübeck, den 7. Juli 1917. (1722)

### Der Ausschuss für Kriegshilfe. Bekanntmachung. Höchstpreise für Gemüse und Obst.

Auf Grund der §§ 4 und 7 der Verordnung des Reichskanzlers über Gemüse, Obst und Südstärke vom 8. April 1917 sind vom Dienstag, dem 10. Juli 1917 ab folgende Höchstpreise festgesetzt oder bleiben fernern in Gültigkeit:

Umschlag	Großhandelspreis	Einzelhandelspreis
1. Zinnis (Blauzinnis)	25 Pfg.	45 Pfg.
2. Kohlrabi	9	14
3. Frühkartoffel	22 1/2	35
4. Spitzohl	15	28
5. Kohlkohl	22	35
6. Erbsen a) getrocknete	35	50
b) gedörrte	18	30
7. Erbsen	12	20
8. Frühweizen	25	40
9. Hochweizen (rote Sorten) mit Strau von nicht länger als 10 cm	30	40
10. Schwarzbrotweizen und Weizenbrotweizen	40	60
11. Weizenbrotweizen	50	70
12. Erbsen 1. Wahl	55	85
II. für		
Verarbeitungsweizen	30	45
Waldweizen u. Weizenbrotweizen	100	150
13. Weizenbrotweizen	30	45
14. Weizen aller Art	35	50
15. Weizen	35	60
16. Gerste	35	50
17. Johannisweizen rote und weiße	30	45
18. Weizen	40	55

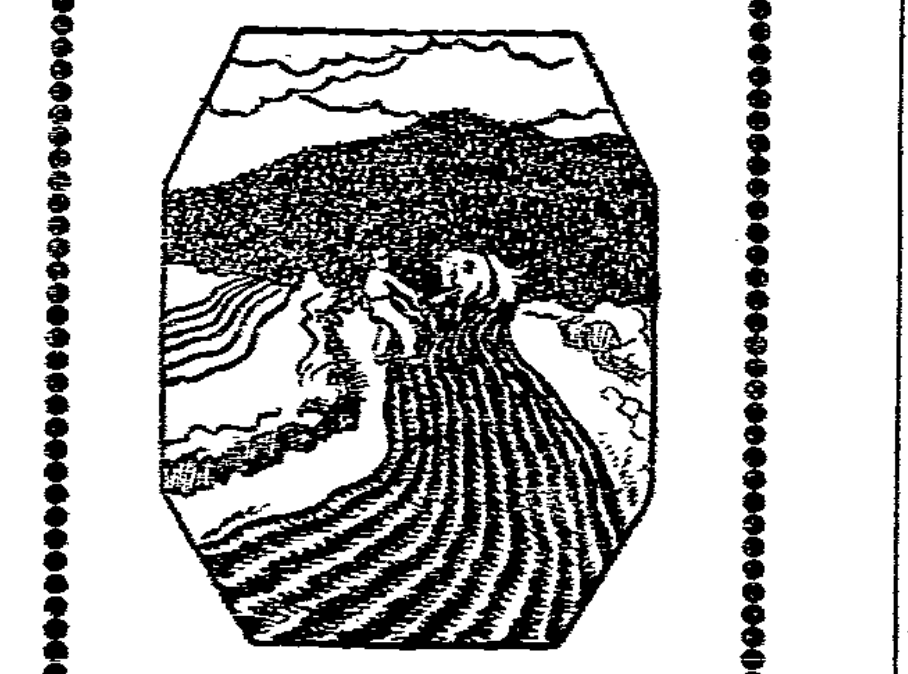
Sämtliche Preise gelten für ein Fund und sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes.

Lübeck, den 9. Juli 1917. (1723)

## Liebesgaben für das Heer.

Erwünscht: Rauchmaterial, Kautabak, eingemachtes und trockenes Obst, Rotwein, alkoholfreie Getränke, Musikinstrumente, gute neue Bücher. Annahme St. Annenstraße 2. Hauptächlich erbeten werden jedoch Geldspenden. Einzahlung entweder St. Annenstraße 2 oder Vorwärts- und Sparvereins-Bank. Um reichliche Zuwendungen bittet herzlich (1718) Die Liebesgaben-Abteilung der Vereine vom Roten Kreuz.

### In Freien Stunden



Am 1. Juli bietet sich die Gelegenheit, Abonnent der „Freien Stunden“ zu werden, da ein neuer Roman beginnt. Auch während der schweren Kriegszeit ist diese Zeitschrift ein guter Kamerad geblieben, namentlich den vielen Frauen, die von den schweren Sorgen der Gegenwart eine Spanne Vergessenheit und Erholung suchen. „Aus eigener Kraft“ heißt der Roman, der zum Abdruck kommt, und als zweite Erzählung „Die Prarie am Socorro“, eine Schilderung aus dem wilden Westen Amerikas. Daneben sorgen vollstimmige, illustrierte Aufsätze aus allen Wissensgebieten, Rätsel, Winke für Haus und Küche für die notwendige Unterhaltung des Lesers und für die praktischen Bedürfnisse der Hausfrau. Wöchentlich erscheint ein Heft für 15 Pfennig.

Zu beziehen durch: Buchhandlung Friedr. Meyer & Co. Johannstraße 46 und den Ausführenden.

Ich bestelle hierdurch „In Freien Stunden“, wöchentlich ein Heft für 15 Pfennig.  
Name:  
Ort:  
Straße:

**Visitenkarten** liefert schnellstens Buchdr. Friedr. Meyer & Co. Johannstraße 46.

## Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftl. Versicherungsaktiengesellschaft.  
**Sigung**  
der Gewerkschaftsvorstände, Kartelldelegierten, Aufsichtsrats- und Genossenschaftsratsmitglieder des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend, sowie der Vertrauensleute der „Volksfürsorge“  
am Dienstag, 10. Juli, abends 8 1/2 Uhr präz. im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.  
Tagesordnung:  
**Die Volksfürsorge im Kriege.**  
Referent: Otto Diedrich, Hamburg  
Instruktor der Volksfürsorge.  
Um möglichst vollständiges Erscheinen ersucht  
1721 Die Verwaltungskommission.

Zum baldigen Antritte suchen wir (1725)  
**stadtkundigen Arbeiter**  
H. F. Meiners  
S. n. b. S.  
Dankwartstraße 57-61.

Zu kaufen gesucht (1720)  
**Haustandstumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis.**  
Karl Kleinfeld, Wittenhoffstr. 25.  
Telephon 2480.  
**Uhren-Reparaturen.** Billige Preise. (1710)  
Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren.  
Hermann Voß,  
Uhrmacher, Büxstr. 71.

## Hansa-Theater.

Heute abend 8 Uhr:  
**Das Pensionsschwein**  
Dienstag, den 9. Juli, abends 8 Uhr: (1726)  
Letztes Gastspiel d. Charakterdarstellers Alfred Maack mit seiner Gesellschaft:  
**Mudder Mews**  
1727  
**Stadthallen-Sommertheater**  
Dienstag, den 10. Juli 1917:  
**Die Landstreicher.**  
Mittwoch, den 11. Juli 1917:  
**Die Puppe.**  
Donnerstag, den 12. Juli 1917:  
**Uraufführung**  
Gastspiel von Eva Gron vom Deutschen Theater, Hannover:  
**Der Redaktionsengel.**  
Ein heiteres Spiel in 3 Akten von Jani Fiala.  
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

**Rednungs-Formulare** werden hergestellt in der Buchdruckerei „Lüb. Volksbote“ Johannstraße 46.



